

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dr. Friedrich Kretschmer  
Verlagsnummer: 20 843  
Postfachnummer: 20 843  
Schiffstraße 10, Dresden-Neustadt  
Telefon: 11 11 11

Druck: Druckerei Kretschmer  
Drucknummer: 20 843  
Postfachnummer: 20 843  
Schiffstraße 10, Dresden-Neustadt  
Telefon: 11 11 11

Druck: Druckerei Kretschmer  
Drucknummer: 20 843  
Postfachnummer: 20 843  
Schiffstraße 10, Dresden-Neustadt  
Telefon: 11 11 11

## Kombinationen zum Reichstagsbeginn

### Klara Zetkin will präsidieren

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 25. August. In den politischen Kreisen Berlins beschäftigt man sich, je näher der Termin des Zusammentritts des Reichstages rückt, desto eingehender mit der Frage, welches Ende die erste Sitzungsperiode des neuen Parlaments nehmen wird. Wenn nun die Regierung, entsprechend ihrer Erklärung, das sie gewillt sei, vor dem Reichstag zu treten, inwieweit auch ihre Dispositionen bekanntgegeben hat, so geht doch die Stimmung im großen und ganzen dahin:

Das sich die Auflösung des eben erst gewählten Parlaments nicht vermeiden lassen werde.

Mit ganz besonderer Spannung sieht man schon der ersten Sitzung des Reichstages entgegen, in der die kommunistische Abgeordnete Klara Zetkin, die „Mutter der Revolution“, die eigentlich aus ihrem Verhalten längst den künftigen Verlauf des Reichstages ableiten lassen, auch offiziell Sowjetbürgerin zu werden, als sogenannte Alterspräsidentin auftreten wird.

Die kommunistische Fraktion hat heute sogar dem Präsidenten des bisherigen Reichstages die feierliche Mitteilung ausgereicht, daß Klara Zetkin auf jeden Fall kommen würde.

Danach verspricht schon die erste Sitzung überaus lebhaft zu werden, denn die starke Rechte, die der neue Reichstag aufweist, denkt nicht daran, sich eine Leitung der Geschäfte auch nur für eine Sitzung durch die Kommunisten gefallen zu lassen. Wie jetzt bekannt wird, sind die kommunistischen Führer Stöcker, Rosen und Niek in Moskau gewesen, wo das Verhalten der kommunistischen Fraktion und der Alterspräsidentin Frau Zetkin bei den bevorstehenden Reichstagsdebatten eingehend besprochen und festgelegt worden ist. Man muß daher auf allerley Ueberreizungen in dieser Sitzung gefaßt sein. Es ist nicht unmöglich, daß schon diese erste Sitzung des neuen Reichstages „ausfliegt“, was dann zur Folge haben würde.

Daß Frau Zetkin als Alterspräsidentin den Reichstag auch weiterhin vertritt

bis zur nächsten Vollziehung, von der noch niemand wissen kann, wann sie stattfindet. Es würden also vielleicht sogar für

längere Zeit die sehr weitgehenden Rechte des Reichstagspräsidenten in den Händen einer kommunistischen Abgeordneten liegen, die in völliger Abhängigkeit von Moskau steht. So geht auch das Gerücht um, daß Frau Zetkin die bestmögliche, das vorläufige Präsidium am Eröffnungstage nur aus Kommunisten bestehen zu lassen, während bisher nach altem Brauch je ein Vertreter der größeren Parteien in dieses vorläufige Präsidium berufen wurde. Da das Auftreten der alten Kommunistin höchst wahrscheinlich den Anlaß zu schweren Vorfällen geben wird, hat man in einigen Kreisen

die Frage aufgeworfen, ob sich denn nicht Mittel und Wege finden lassen, den unwilligen Zustand, daß ausgerechnet eine Vertreterin der bolschewistischen Sowjetregierung den neuen Deutschen Reichstag leiten wird, zu vermeiden.

So hat man auch die Frage gestellt, ob die Reichsregierung nicht irgendwelche Polizeimittel finden könnte, um den Unflug, den ganz zweifellos das beabsichtigte Auftreten Klara Zetkins bedeutet, zu verhindern. Diese Anregung hat sofort den lebhaftesten Widerspruch der „Staatsbehörden“ demokratischen Veffe gefunden, für die das „Berliner Tageblatt“ erklärt, es sei gar nicht einzusehen, warum sich die sogenannte nationale Mehrheit im Reichstages die Herrschaft über die Reichsregierung an eine Frau übertragen lassen soll. Auf Grund der Verfassung steht einer Vereinbarung einer Mehrheit der Reichstagsfraktionen in nichts im Wege, das Entzernen des sogenannten Alterspräsidenten abzuschaffen. Die Weimarer Verfassung bestimmt in ihrem Artikel 26 lediglich, daß der Reichstag seinen Präsidenten sowie dessen Stellvertreter zu wählen habe.

Darüber, daß die erste Sitzung ausgerechnet von dem ältesten Mitglied des Reichstages zu leiten sei, findet sich in der Verfassung nichts,

es handelt sich hier um eine bloße Gewohnheit, mit der man, wenn es nottut, durchaus und ohne irgendwelche bestehenden Vorschriften zu verfahren, brechen kann. Bis jetzt ist allerdings eine Initiative in dieser Richtung noch nicht ergriffen worden.

### Der Ruf nach Kolonien

Von Erich Dueménil

Generalsekretär der Deutschen Kolonialgesellschaft

Weshalb gilt es, gerade jetzt aufzustehen und die Kolonialschuldfrage als den größten Beitrag der Weltgeschichte anzuführen? Es ist nach unserer Ansicht heute der geschichtliche Augenblick gekommen, in dem das deutsche Kolonialproblem in seiner ganzen Bedeutung aufgerollt und in das Licht der Wahrscheinlichkeit gestellt werden muß.

Ich erinnere an die Worte, die der deutsche Reichsführer vor wenigen Wochen zu einem ausländischen Pressevertreter sprach: „Den ungeheuerlichen Diskriminationen, deren Gegenstand Deutschland durch den Versailles Vertrag geworden ist, muß im Interesse der Welt ein Ende gemacht werden, insbesondere muß die moralische Achtung Deutschlands, die in der Kriegsschuldfrage liegt, und in der Wegnahme unserer Kolonien zum Ausdruck kommt, die unter der Begründung erfolgte, wir seien die schlechtesten Kolonialisten der Welt, abgeschafft werden. Der Kampf gegen diese Achtungsbestimmungen wird unerbittlich fortgeführt werden.“

Es mehren sich die Zeichen, daß eine Neuordnung der Kolonialfrage binnen kurzer Zeit bevorsteht. Italien hat offiziell erklärt, daß es eine baldige Erfüllung seiner Kolonialansprüche gemäß den Zusagen der Alliierten vor Eintritt Italiens in den Weltkrieg erwartet. Noch hat Italien seine Forderungen auf afrikanischen Kolonialraum nicht konkretisiert, es besteht aber durchaus die Gefahr, daß Italien seinen Anteil an den kolonialen Mandaten fordert. Auch für England könnte die erneute Aufstellung der Kolonialfrage insofern erwünscht erscheinen, als die Befürworter der Schaffung eines ozeanischen Dominiums durch Verflechtung von Deutsch-Ostafrika mit Kenia und Uganda die Erfüllung ihrer Absichten von einer kolonialen Neuordnung erhoffen. Schließlich meldet sogar — Polen koloniale Ansprüche an, mit der absurden Begründung, daß es einen Anteil an den deutschen Kolonien im Verhältnis zu dem Umfang des im Osten an Polen abgetretenen deutschen Gebietes beanspruchen könne.

Abgesehen von diesen kolonialen Ansprüchen, mehren sich auch im Auslande die Stimmen für eine gerechte koloniale Neuordnung: Es muß daran erinnert werden, daß Präsident Hoover in seiner Volkshand über das Schuldenselbstjahr im Zusammenhang mit der Darlegung der Gründe für die Weltwirtschaftskrise und der Mittel zu ihrer Beseitigung ausdrücklich erklärt hat, daß die Vereinigten Staaten mit Absicht nicht teilgenommen haben an den Reparationen und an der Aufstellung der Kolonien. Vor allem aber sind es zwei Tatsachen, die bewirken, daß überall in der Welt, sogar in Frankreich, weiteste Kreise bereit sind, Deutschland sein koloniales Recht nicht mehr vorzuenthalten.

Die erste Tatsache: Die angeblichen Unterlagen der Kolonialfrage sind — eine Reihe von Jahren nach dem Abschluß des Versailler Vertrages — in demselben Lager, in dem man sie anfertigte, als Fälschung gebrandmarkt worden. Die unter dem moralischen und physischen Druck der südafrikanischen Besatzungsgruppen von einzelnen Ein geborenen erwirkten Aussagen über angebliche deutsche Grausamkeiten, Ungerechtigkeiten und unsere Unfähigkeit zur kolonialistischen Erschließung der Kolonien haben das Material ab, das in einem Haubuch zusammengetragen, als „Beweisdokument“ für unsere Unwürdigkeit und Unfähigkeit zur Erschließung kolonialer Reichtümer dienen und den gemeinen Landraub in Einklang mit dem Grundsatz eines „Friedens des Rechts und der Gerechtigkeit“ bringen sollte.

Es ist immerhin anzuerkennen, daß sich die Südafrikanische Union, die Urheberin dieser Schmähschrift, ihres Unrechts zu schämen begann und heute ganz von diesem Dokument abgerückt ist. Im Juli 1926 erludte der Landesrat von Südafrika einstimmig den Premierminister der Südafrikanischen Union, das Blaue Buch zu vernichten, und der Premierminister ließ daraufhin die unambivalente Erklärung abgeben: „Die Unzuverlässigkeit und Unwürdigkeit dieses Dokumentes der Kriegpropaganda ist nach Ansicht des Premierministers genügend, um es dem unehrenhaften Grab aller ähnlichen Papiere der Kriegszeit zu überantworten.“ Dieser nächste Beweis vernichtet endgültig die Kolonialfrage und gibt Deutschland den unbestreitbaren Rechtsanspruch, seine Kolonien zurückzufordern.

Die zweite Tatsache hat ebenso schweres Gewicht: Es ist die Erkenntnis, daß man ohne die Hilfe Deutschlands

## Zeitweiliges Regieren ohne Parlament?

Die Reichsregierung beabsichtigt, dem Vorkommensrat des neuen Reichstages vorzuschlagen, daß der Reichskanzler am Montag, dem 5. September,

eine programmatische Rede im Reichstage

hält, an die sich eine allgemeine politische Aussprache anschließen soll. Es ist zunächst geplant, vom 30. August bis einschließlich 1. September die Sitzungen abzuhalten, die der Erledigung der Formalitäten dienen sollen, und dann mit Rücksicht auf den in Essen stattfindenden Katholikentag eine Vertagung bis zum 5. September einleiten zu lassen. Die Wiederaufnahme der Sitzungen will dann der Reichskanzler mit einer umfassenden Rede einleiten. Im übrigen will die Reichsregierung, nachdem der Reichskanzler am kommenden Sonntag in seiner angeforderten

Rede vor den westfälischen Bauernvereinen in Münster

die Grundzüge des neuen Wirtschaftsprogramms bekanntgegeben haben wird, in einer Notverordnung einzelne Maßnahmen dieses Wirtschaftsprogramms noch vor der Reichstagsrede des Kanzlers veröffentlichen. Die weiteren Entscheidungen der Regierung würden dann von der Haltung des Reichstages selbst abhängen. Da die Sozialdemokraten bereits Währungsanträge angefordert haben, und da nicht damit zu rechnen ist, daß die Oppositionsstellung der Nationalsozialisten gegen das Kabinett von Papen bis zum Zusammentritt des Reichstages eine Veränderung erfährt, so ist mit einer ziemlich erheblichen Mehrheit gegen die Regierung im Reichstage zu rechnen. Diese Mehrheit wird aller Wahrscheinlichkeit nach bei den kommenden Anträgen auf Aufhebung der Notverordnungen vorhanden sein. Selbst wenn man es für möglich hält, was verhältnismäßig der Fall ist, daß es durch taktische Wanderverhalten könnte, die Abstimmung über die Währungsanträge so zu gestalten, daß sie nicht in der bisher üblichen parlamentarischen Betrachtungsweise als Sturz des Kabinetts anzusehen wäre, so bliebe aber für die Anträge auf Aufhebung der vom Kabinett Papen erlassenen Notverordnungen noch immer eine Mehrheit in Aussicht.

Aus diesem Grunde rechnet man mit der Auflösung des Reichstages, und zwar mancherorts schon zu einem Zeitpunkt vor der allgemeinen politischen Aussprache oder an einem Tage, an dem diese politische Aussprache noch nicht zum Abschluß gelangt ist. Zu betonen ist jedoch, daß eine offizielle Entscheidung des Reichskabinetts in dieser Hinsicht bis jetzt noch nicht gefaßt ist.

Das Kabinett will vielmehr erst einmal sehen, mit welcher Lage es im Reichstage zu rechnen hat. Die weitere Frage, was geschehen soll, wenn die Reichstagsauflösung zur

Tatsache wird, ist, zur Zeit wenigstens, noch in vollkommenem Dunkel gehüllt. Nicht interessant ist ein Aufruf in der bekanntlich sehr weit rechts stehenden „Berliner Borsenszeitung“, der mit folgenden Sätzen schließt: „Wir wissen nicht, mit welchen Plänen sich die Regierung trägt, wir könnten es uns aber sehr wohl vorstellen, daß das Interesse von Volk und Wirtschaft, mit einem Wort, die Staatsräson,

ein zeitweiliges Regieren ohne Parlament,

einen von oben diktierten Umbau des Staates, eine Reform der Verfassung auch gegen ihre bisherigen Träger, zur unbedingten Notwendigkeit machen könnte. Dieser solche zwingenden Erfordernisse hätten alle andern Rücksichten zurückzutreten, denn das Leben der Nation ist schließlich wichtiger als der tote Buchstabe des Gesetzes. Eines allerdings darf keine Regierung, die sich große Taten zum Ziele setzt, darüber vergessen:

man kann zwar gegen und ohne Parlament, gegen und ohne Verfassung regieren, nicht aber, jedenfalls nicht auf die Dauer, ganz ohne das Volk.

Man muß zum mindesten bestrebt sein, sich in den nationalaktiven Elementen des Volkes einen Rückhalt zu sichern, und wenn diese Verbindung zeitweilig abgerissen sein sollte, so muß man sich bemühen, sie bald wieder herzustellen. Staatsautoritäre Lösungen, die des Rückhaltes im Volke entbehren, können vorübergehend von Erfolg begleitet sein, auf lange Sicht gesehen, müssen sie scheitern. Deutschland ist zwar nicht Spanien, immerhin ist der Verlauf des Regimes Primo de Rivera ein Beispiel, das historisch interessant, wichtig und nicht zu übersehen ist. Es wird hier also der Regierung der Rat gegeben, bei ihren eventuellen weiteren Maßnahmen nicht zu übersehen, daß ein Regieren gegen die starke deutsche Rechte schädlich wäre. Jedenfalls steht man in den politischen Kreisen Berlins der Entwicklung, die die nächste Zeit bringen wird, mit dem denkbar größten Interesse entgegen.

### Hindenburg bleibt in Meudel

Berlin, 25. August. Von zukünftiger Stelle wird mitgeteilt, daß nunmehr feststeht, daß der Reichspräsident von Hindenburg noch einige Zeit in Meudel bleiben und seinen dortigen Aufenthalt auch durch eine Reise zum Stahlhelmtag nach Berlin nicht unterbrechen wird. Dagegen nimmt man an, daß der Reichskanzler von Papen und der Reichswehrminister von Schleicher an der einen oder anderen Veranstaltung des Stahlhelms teilnehmen werden. Die der Stahlhelm mittelst, werden sich zum 13. Reichsfrontsoldatentag 2000 ostpreussische Stahlhelmer nach Berlin begeben.

Heute: Der D.N.-Kraftfahrer Seite 8 und 9